

friedensfähig (7/2026) - 5.8.2026

Am 6. August 1945 setzten die USA im Krieg mit Japan die erste Atombombe ein. US Präsident Truman war informiert worden, dass es Anfang Juli gelungen war, eine Atombombe zur Explosion zu bringen. Die USA und Japan verhandelten gerade im Geheimen, zu welchen Bedingungen Japan kapitulieren würde. Präsident Truman entschied trotzdem, die zwei fertigen Bomben gegen japanische Städte einzusetzen.

Seit Ende der 1960er Jahren gibt es das internationale Abkommen, dass Atomwaffen nicht weiterverbreitet werden dürfen. Und die Staaten, die Atomwaffen haben, müssen diese abrüsten – bis zur allerletzten Atombombe.

Über die vielen Menschen, Organisationen und Staaten, die sich gegen die atomare Bedrohung wenden, haben wir schon früher berichtet. Wir schrieben



War es wirklich, um den Krieg in Asien schneller zu beenden?

Was es, um zu testen, wie wirkungsvoll diese neuen Bomben waren?

War es, um zu zeigen, dass die USA mit solchen Waffen jeden Feind in der Welt besiegen könnten?

War es, um gegenüber den Menschen in den USA die unglaublich hohen Ausgaben für die Entwicklung der Atombombe zu rechtfertigen?

Heute, 81 Jahre später, wissen wir: Ein Krieg mit Atomwaffen kann die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit vernichten.

Einen Atomkrieg würden über 90 Prozent der Menschen nicht überleben.

auch über die internationalen Abkommen und die atomare Abrüstung in Ost und West in den 1990er Jahren.

Seit einigen Jahren ist allerdings alles anders

Die USA kündigte alle Verträge, die die Stationierung und den Einsatz von hochgefährlichen Waffensystemen verhindern sollten.

Unsere Militärs, Politiker und Medien verbreiten die Ansicht, Abschreckung gegenüber Russland würde nur mit Atomwaffen funktionieren.

Dazu sollen die Streitkräfte der NATO nicht nur konventionell, sondern auch nuklear aufgerüstet werden.

Im Juni bekräftigte die Nuclear Planning Group der NATO, man sei mittlerweile dabei, „die nuklearen Fähigkeiten der NATO zu modernisieren“ und ihre „nuklearen Planungsfähigkeiten zu stärken“.

„Modernisierung“ bedeutet hier, dass die neuen Atomwaffen deutlich zielsicherer werden und sich mit unterschiedlicher Sprengwirkung einsetzen lassen. Solche Waffen könnten ganz unterschiedlich eingesetzt werden: etwa, um feindliche Kommandozentralen und andere militärische Infrastruktur zu zerstören; aber auch, um Ansammlungen feindlicher Streitkräfte zu vernichten. Sogar Einsätze auf dem Schlachtfeld seien prinzipiell denkbar.

Damit sinkt die Hemmschwelle zu ihrer Nutzung.

Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ gibt es diese neuen US Atomwaffen in Büchel in Rheinland-Pfalz und in den anderen Stationierungsorten in den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei. Insgesamt sind es etwa 100 Stück, die jederzeit einsatzbereit sind. Auch in Großbritannien wurden erneut US Atomwaffen stationiert. Weitere 100 sollen wohl an neuen Standorten dazukommen, etwa in Finland, Litauen und Polen.

Parallel rüsten inzwischen Frankreich und Großbritannien ihre Armeen ebenfalls nuklear auf. Auch in Deutschland kommt immer wieder die Debatte darüber auf, man brauche eigene Atomwaffen.

Und ja, auch Russland hat nun in „nuklearer Teilhabe“ einige seiner Atomwaffen in Belarus stationiert.

NATO-Generalsekretär Rutte sagte im April: „In Zeiten großer Instabilität“ müsse man „die nukleare Aufstellung der

NATO weiter an das sich verschlechternde Sicherheitsumfeld anpassen.“

Ruttes Logik: Zeigen, dass man zu allem bereit ist. Auch zum Atomkrieg.

Er vertritt das, obwohl bei politischen Spannungen das Risiko einer unkalkulierbaren Eskalation oder eines Fehlalarms stark steigt.

Leider teilen heutzutage wieder viel zu viele Menschen die Ansicht, dass die Strategie der „Abschreckung“ funktionieren wird.

Was aber, wenn es dann zum „großen Krieg in Europa“ kommt? Dann – so zeigen es schon immer die Pläne für die großen Militärmanöver der NATO – wird Mitteleuropa, wird Deutschland am Ende zerstört und in vielen Gegenden nuklear verseucht sein.

Wir brauchen keine atomare Aufrüstung. Wir brauchen

den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und die Beendigung der „nuklearen Teilhabe“.

keine neuen europäischen Atomwaffenkooperationen durch die Bundesregierung.

den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.

einen Bundestag und eine Bundesregierung, die für ernsthafte Verhandlungen über die vollständige nukleare Abrüstung weltweit eintreten.

Das Risiko, dass es zum Atomkrieg kommt, besteht weiter, solange Atomwaffen in den Militärdepots liegen.